Deutscher Bundestag **Drucksache 21/9362**

21. Wahlperiode 23.11.2026

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Sebastian Münzenmaier, Erhard Brucker, Dario Seifert, Marcel Queckemeyer, Manfred Schiller, Thomas Stephan und der Fraktion der AfD

Mitgliedschaft in der Weltorganisation für Tourismus beenden – Nationale Gestaltungsspielräume in der Tourismuspolitik stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die weitere Mitgliedschaft Deutschlands in der Weltorganisation für Tourismus (UN Tourism) stellt eine finanzielle Belastung für den deutschen Haushalt dar. Dagegen ist der konkrete Nutzen der Mitgliedschaft für deutsche tourismuspolitische Interessen zunehmend fragwürdig, wenn gleichzeitig eine mangelnde unabhängige Evaluation der eingeleiteten Projekte Transparenz und Erfolgskontrolle verhindert. Besorgniserregend ist vor allem die starke ideologische Vereinnahmung der UNWTO im Sinne einer undifferenzierten „Global Governance", die nationale Handlungsspielräume in den Hintergrund rückt und deutsche sowie europäische Interessen und das Subsidiaritätsprinzip systematisch vernachlässigt. Vor diesem Hintergrund ist die weitere Mitgliedschaft Deutschlands in der UNWTO weder sachlich gerechtfertigt noch politisch vertretbar.

Darüber hinaus pflegen die Weltorganisation für Tourismus und die Europäische Union (EU) seit Jahren eine enge Zusammenarbeit, die sich vor allem auf nachhaltigen Tourismus, wirtschaftliche Entwicklung, Datenanalyse, Bildung und Innovation konzentriert. Die Staaten Europas sind als weltweit führendes Touristenziel (mit rund der Hälfte aller internationalen Ankünfte) ein zentraler Fokus für UN Tourism und die EU profitiert von der Expertise der Organisation bei globalen Standards und Best Practices. Die Kooperationen zwischen beiden Organisationen umfassen formelle Abkommen, gemeinsame Publikationen, Studien und regionale Initiativen wie die UN Tourism Commission for Europe (CEU), die stark von EU-Mitgliedstaaten geprägt ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. zum Ende des Haushaltsjahres 2027 den Austritt Deutschlands aus UN Tou-rism beim Generalsekretär der Organisation schriftlich zu beantragen;
2. in den EU-Institutionen darauf hinzuwirken, dass die EU und ihr untergeord-nete Gremien keine Mitgliedschaft in der UN Tourism und den ihr unterge-ordneten Gremien eingeht.

Berlin, den 23. November 2026

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

UN Tourism weist erhebliche strukturelle Mängel auf, die die Erfüllbarkeit der selbstgesetzten Charta in Zweifel ziehen. Die wiederkehrenden Probleme bei der Wahl des Generalsekretärs der Organisation sind spätestens seit der erstmaligen Wahl des ehemaligen Amtsinhabers, Surab Polilokaschwili, im Jahr 2018 regelmäßiges Thema von Kontroversen. Im Fokus stehen dabei wiederkehrende ideologische Überlegungen zur Besetzung des Postens sowie unvermeidbare Interessenkonflikte in der Führung der Agentur (https://thediplomatinspain.com/en/2025/04/14/controversy-at-un-tourism-the-election-of-its-next-secretary-general-threatens-to-tarnish-the-image-of-global-tourism/, https://www.fvw.de/touristik/personalien/generalsekretaer-spricht-von-ratten-warum-georgien-pololikashvili-aus-dem-un-rennen-nimmt-252383). Dieser Umstand allein wirft erhebliche Fragen zum wirtschaftlichen Nutzen, sowie der politischen Legitimität einer deutschen Mitgliedschaft auf.

Dass darüber hinaus Deutschland zu den höchsten Beitragszahlern – laut Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion im Jahre 2024 auf einer Höhe mit China – gehört, jedoch kein dementsprechendes Mitspracherecht, beispielsweise durch eine ständige Mitgliedschaft im Exekutivrat der UN-Agentur, innehat, stellt ein weiteres strukturelles Problem hinsichtlich der Profitabilität der weiteren Mitgliedschaft dar (https://dserver.bundestag.de/btd/20/107/2010789.pdf).

Die ostentativen Anliegen der UN Tourism, wie Verbesserung ökologischer Nachhaltigkeit, Aufrechterhaltung bestimmter ethischer Standards und wirtschaftliche Vernetzung, können aus Sicht des Antragstellers wesentlich direkter über bilaterale Abkommen verfolgt werden, sowie auch infolge politischer Überlegungen bei Bedarf leichter angepasst oder neu verhandelt werden. Dies ermöglicht einen Schutz vor ideologisch betriebener Global Governance, durch die Mitgliedstaaten auf Grund der schrittweisen Konsolidierung vermeintlich universeller politischer Standards bevormundet werden. Insbesondere der Tourismusbereich kann in seiner Struktur stark länderspezifisch sein und ist daher nicht der demokratischen Kontrolle der Bevölkerung zu entziehen.

Letztlich wird der UN Tourism eine wichtige Position hinsichtlich des Informationsaustausches und der Vernetzung im Bezug auf Marketing-Strategien innerhalb der Branche zugesprochen, worauf im parlamentarischen Dialog über die Mitgliedschaft oft verwiesen wird. Diese Behauptung ist jedoch aus Sicht des Antragstellers nicht haltbar. Erstens, da die zuvor erwähnten ideologischen Ziele der Erreichung wirtschaftlicher Rentabilität in der deutschen Tourismus-Branche nur bedingt dienlich, in vielen Fällen sogar entgegengesetzt sind, und zweitens, da ein tatsächlicher Branchenaustausch zwischen Unternehmen unterschiedlicher Größe sowie internationaler politischer Akteure bereits durch Veranstaltungen wie die Internationale Tourismus-Börse Berlin gegeben ist, während die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) sowie der Deutsche Tourismusverband (DTV) stetig an aktivem Dialog und Informationsaustausch über Branchen- und Ländergrenzen hinweg beteiligt sind. Somit erfüllt die UN Tourism aus Sicht des Antragstellers keinen notwendigen Zweck, der nicht bereits durch anderweitige Organisationen gedeckt wäre.

Ein Austritt Deutschlands aus UN Tourism wäre jedoch wenig zielführend, wenn die EU an ihre Stelle träte um identische Inhalte dann nicht mehr unmittelbar von UN Tourism zur Bundesregierung auszutauschen, sondern mit Hilfe der EU mittelbar.

Die Europäische Union ist zwar kein formales Mitglied in der UN Tourism aber die Weltorganisation für Tourismus und die Europäische Union pflegen seit Jahren eine enge Zusammenarbeit, die sich vor allem auf nachhaltigen Tourismus, wirtschaftliche Entwicklung, Datenanalyse, Bildung und Innovation konzentriert.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.